

Stephan Tobler
SVP-Fraktion
Bahnhofstrasse 69b
9315 Neukirch-Egnach

EINGANG GR 22. Jan. 2014			
GRG Nr.	12	11026	204

+62

Motion „Einsprache- oder Anhörungsverfahren für Verkehrsanordnungen“

Der Regierungsrat wird **beauftragt**, die notwendigen Gesetzesgrundlagen so zu ändern, dass für Verkehrsanordnungen vorgängig ein Einsprache- oder Anhörungsverfahren durchgeführt werden kann.

Begründungen

Gemeinden beantragen im Zusammenhang mit Parkplatzbewirtschaftungen, Tempo-30-Zonen, Tempobegrenzungen, Begegnungszonen, Verkehrsberuhigungen etc. immer öfter Verkehrsanordnungen. Der rechtliche Weg gibt vor, dass eine Verkehrsanordnung beim Departement Bau und Umwelt beantragt wird, das Departement verfügt eine Genehmigung und gestattet eine öffentliche Publikation mit Beschwerdemöglichkeit direkt ans Verwaltungsgericht. Verhandlungen sind in diesem Verfahren nicht vorgesehen.

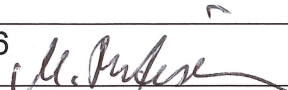
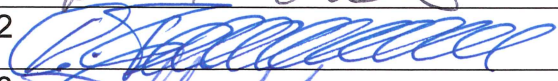
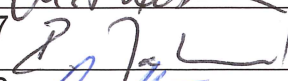
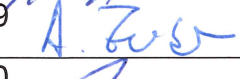
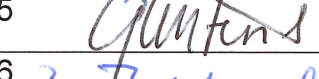
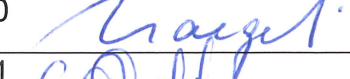
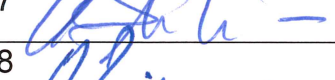
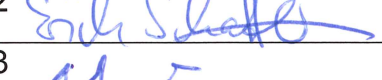
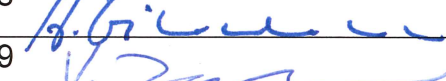
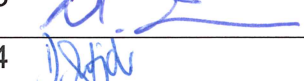
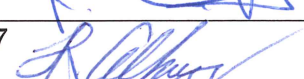
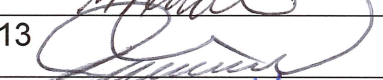
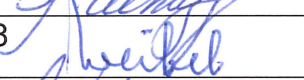
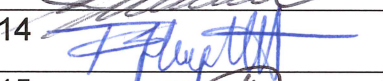
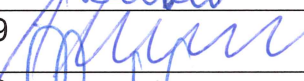
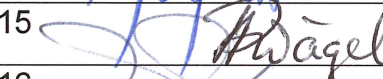
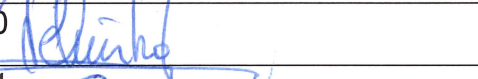
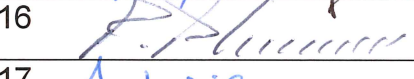
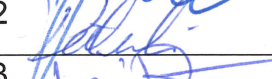
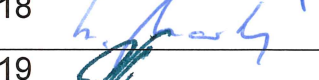
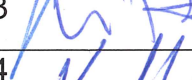
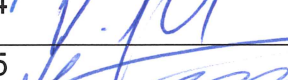
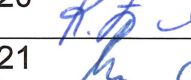
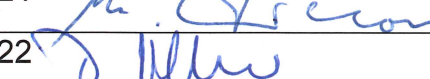
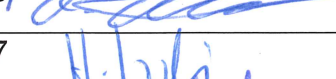
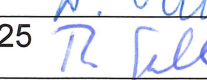
Damit gelangt bei Rechtsmittelverfahren, die sich gegen funktionale Verkehrsanordnungen im Sinne von Art. 3 Abs. 4 SVG richten und für deren Erlass gemäss § 1 Abs. 2 der VO des RR zum Strassenverkehrsgesetz und den Nebenerlassen, das DBU zuständig ist, mangels anderweitiger Spezialvorschriften das Beschwerdeverfahren nach § 56 ff VRG zu Anwendung. Gemäss § 57 ist eine Beschwerde innert 20 Tagen seit der Eröffnung des angefochtenen Entscheides bei der Beschwerdeinstanz, das heisst beim Verwaltungsgericht, einzureichen. Ebenfalls mangelnder anderweitiger Spezialbestimmungen gelten für diese Beschwerdeverfahren die Gerichtsferien nach § 63 VRG. Diese dauern im Sommer vom 15. Juli bis 15. August. Während der Gerichtsferien stehen gesetzlich oder richterlich nach Tagen bestimmte Fristen still. Eine Ausnahme von dieser Regelung ist für Verkehrsanordnungen nach SVG gemäss Art. 63 Abs. 4 VRG nicht vorgesehen.

Vom Verwaltungsgericht wurde seinerzeit dem DBU vorgeschlagen, bei Verkehrsanordnungen ein Einsprache- oder Anhörungsverfahren einzuführen, damit nicht gegen jede erlassene Verkehrsanordnung direkt Beschwerde an das Verwaltungsgericht möglich wäre. Bis heute wurde der Kosten sparende Vorschlag des Verwaltungsgerichtes weder angegangen noch umgesetzt. Insbesondere bei umstrittenen Verkehrsanordnungen wie Platzierung von verkehrsberuhigenden Massnahmen, Beginn einer Begegnungs- oder Tempo-30-Zone, Tempobegrenzungen, Parkplätzen zur Bewirtschaftung o.a. wäre eine Verhandlungsmöglichkeit im Rahmen eines Einsprache- oder Anhörungsverfahrens von Vorteil.

Neukirch-Egnach, 21. Januar 2014

Stephan Tobler

Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner der Motion von Vorname/Name
„Titel“

1		26	
2		27	
3		28	
4		29	
5		30	
6		31	
7		32	
8		33	
9		34	
10		35	
11		36	
12		37	
13		38	
14		39	
15		40	
16		41	
17		42	
18		43	
19		44	
20		45	
21		46	
22		47	
23		48	
24		49	
25		50	

51	<i>D. R.</i>	76
52	<i>B. R.</i>	77
53	<i>L. J. Shubert</i>	78
54	<i>W. J.</i>	79
55	<i>M. B. R.</i>	80
56	<i>J. J. R.</i>	81
57	<i>A. J. R.</i>	82
58	<i>J. J. R.</i>	83
59	<i>J. J. R.</i>	84
60	<i>J. J. R.</i>	85
61	<i>T. J. R.</i>	86
62	<i>D. J. R.</i>	87
63		88
64		89
65		90
66		91
67		92
68		93
69		94
70		95
71		96
72		97
73		98
74		99
75		100